

Kamener Zeitung

Vollsfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinst täglich.
Bezugspreis für die Woche vom 26. Nov. bis 1. Dezbr.
300 Mark. In der Ausgabe von 1000 Exemplaren
der Zeitung enthält sich, hat der Preis für den Abdruck
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Ab-
rechnung des Bezugspreises. Für die Redaktion veran-
wortlich: H. Schulz, Kamen.

Nr. 277

Dienstag, den 27. November 1923

51. Jahrgang.

Ein bürgerlicher Block mit Einschluß der Deutsch- Nationalen.

Wie mitgeteilt wird, haben sich die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gestern gegen ein überparteiliches Kabinett Albert ausgesprochen. In einer interfraktionellen Besprechung hat der Gedanke eines bürgerlichen Blocks mit Einschluß der Deutschnationalen an Boden gewonnen, nachdem die Sozialdemokraten erklärten, an keiner, irgendwie gearteten Koalition mit den bürgerlichen Parteien teilzunehmen. Das Zentrum hat allerdings an eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Die Regierung soll auf verfassungsmäßigem Boden bleiben, der Versailler Vertrag soll als Tatsache hingenommen werden. Die große Koalition in Preußen soll bei der Kabinettsbildung nicht befragt werden. Wie die „Vossische Zeitung“ wissen will, soll es zu einem Kompromiß auf folgender Basis gekommen sein: Die Deutschnationalen lassen die Forderung fallen, daß der Versailler Vertrag für nichtig erklärt wird. Das Zentrum und die deutsche Vp. verzichten in Preußen aus der großen Koalition auszusteigen. Die Deutschnationalen und die deutsche Volkspartei sollen bereits ihre Zustimmung zu dem Kompromiß gegeben haben. Die Zentrumskoalition wird heute mittag darüber beschließen. Die Haltung der Demokraten, ohne welche die bürgerliche Koalition nicht über eine Reichstagsmehrheit verfügen wird, hat sich noch nicht entschieden. Die Blätter nehmen an, daß die Demokraten wohl eine Beteiligung ablehnen, sonst sich aber neutral verhalten wollen.

Ein Reichskanzler Albert für die Rechte untragbar.

Zur Kandidatur Alberts bemerkt der „Tag“: Wir möchten gleich von vornherein ohne Umschweife zum Ausdruck bringen, daß wir von der Deutschen Volkspartei und selbstverständlich erst recht von der Deutschnationalen Partei erwarten, daß sie ein Kabinett Albert ohne sentimentale Gemütsbewegung zu Falle bringen. Es besteht gar kein Zweifel, daß Herr Dr. Albert für die Rechte untragbar ist, nachdem wir Herrn Dr. Stresemann als Kanzler gehabt haben. Herr Stresemann war eine Persönlichkeit, die im politischen Leben etwas darstellte, mochten ihm die Gegner auch nachsagen, daß diese Persönlichkeit unzulänglich gewesen sei. Das ist ihr gutes Recht, aber noch mehr ihre Pflicht, dann dafür zu sorgen, daß eben nach dieser Persönlichkeit etwas Besseres kommt. Das Blatt nimmt weiter gegen den Versuch Alberts Stellung, einen republikanischen Kanzler zu bestimmen, ohne überhaupt die deutschnationalen Opposition die Bildung einer Regierung von sich aus versuchen zu lassen, und fährt dann fort: Es ist ein unmöglicher Zustand, daß Herr Albert von dem bankrotten Parlamentarismus und dem Verfall der Parteien ausgeht, wenn er garnicht feststellt, daß die Parteien verfallt haben. Die Rechtsparteien können sich diese Provokation nicht gefallen lassen.

(W) Der „Botschafter“ will wissen, daß für den Fall des Abzuges Alberts aus dem Kabinett Albert das Zentrum die Initiative zur Kabinettsbildung übernehmen wird. Es werde sich dabei um eine Kandidatur Marg handeln, der aber angeblich zur Kabinettsbildung nur bereit sei, wenn Dr. Stresemann das Ministerium des Äußeren in diesem Kabinett übernehmen würde.

Ein rheinisch-westfälischer Zweckverband?

Vor der Entscheidung über die besetzten Gebiete. Wie das Wolffbüro aus Düsseldorf berichtet, sprach auf dem außerordentlichen Vertretertag der deutsch-demokratischen Partei der Reichstagsabgeordnete Eitelitz über die bevorstehende Entscheidung über die besetzten Gebiete. Nachdem Eitelitz einem Herrn aus Köln die Frage vorgelegt hatte, ob man nicht über die Bildung eines rheinischen Staates im Rahmen des deutschen Reiches verhandeln könne, hätten Verhandlungen stattgefunden zunächst am vorigen Freitag, über

die im Einzelnen noch nichts bekannt geworden sei. Er glaube aber, in großen Zügen folgendes darlegen zu können, was von Eitelitz angenommen sei: Es solle über die Frage beraten werden, die besetzten Gebiete im Rahmen eines Verwaltungskörpers zusammenzufassen, der noch über die Provinz- und Staatsgrenze über Westfalen, Hessen usw. hinübergreife. In die Spitze dieses Zweckverbandes tritt ein drei- bis vierköpfiges Direktorium. Dahinter steht zunächst ein Ausschuß, der gewissermaßen der Berater dieses Direktoriums ist. Dieses Direktorium hat die Aufgabe, einerseits mit den Franzosen, andererseits mit dem deutschen Reich alle die Verhandlungen zu führen, die notwendig sind, um wieder Ordnung zu schaffen. Voraussetzung dafür ist eine Regelung der Finanzen. Ein solches Gebilde muß Finanzhoheit haben, also eine eigene Steuer haben. Zweitens muß dieses Gebilde die Verwaltung ordnen. Die Verwaltung muß wieder mit ersten Kräften besetzt werden, die in der Hauptsache ausgewiesen worden sind. Aufgabe des Direktoriums wird es deshalb sein, auf die Rückkehr der Ausgewiesenen hinzuwirken, oder, soweit dieses nicht möglich ist, auf die Neubesezung der betreffenden Ämter bedacht zu sein. Im übrigen hätte dieses Direktorium das Recht und die Pflicht, alle Maßnahmen zu treffen, die ein souveräner Staat in seinem Gebiete treffen kann. Es würde gewissermaßen die Souveränität des Reiches und der Länder für die Zeit, in der hier der Zwangszustand herrsche, auf dieses Direktorium übertragen werden. Wenn unter dem herrschenden Druck die Bande zwischen Reich und Ländern gelockert werden müssen, so dürfen wir nicht Frankreich die Möglichkeit geben, die einzelnen westfälischen, rheinischen, hessischen und bayerischen Teile usw. gegeneinander auszuspielen. Trotz eines gewissen Widerstandes, der vielleicht in Westfalen am größten ist, muß man zusammen vorgehen. Das Entscheidende ist, daß wir vor der Schaffung eines selbständigen Verwaltungskörpers in besetzten Gebieten stehen. Wenn auch nicht an ein Auscheiden aus Preußen oder dem Reich gedacht wird, sondern eine reine Zusammenfassung aus Zweckmäßigkeitsgründen beabsichtigt ist, enthält doch diese Situation eine politische ganz außerordentliche Bedeutung. Trotz des Zweckverbandes ist die politische Gefahr immer noch sehr groß und wird umso größer, je selbständiger dieses zu schaffende Gebilde wird. Wir haben meines Erachtens uns immer mit Recht geirrt gegen die Möglichkeit einer Abtrennung von Preußen, solange die Befestigung bestand. Es wird den Franzosen nicht schwer fallen, in diesem Gebiete ihren Einfluß geltend zu machen, aber die Dinge sind so, daß wir zwischen dieser Möglichkeit zu wählen haben und der Millionen der Bevölkerung gegeneinander losgehen und sich gegenseitig aufreizen zu lassen. Um die Bevölkerung vor dem Abzugsplan zu bewahren, muß der erste Weg beschritten werden. Ich werde deshalb vorschlagen, daß wir uns dahingehend erklären, daß wir unter dem Zwang der Umstände und vor der Gefahr des Zerfallens und der Verelendung uns mit diesem Schritt einverstanden erklären in dem Bewußtsein, daß die deutsche Bevölkerung am Rhein deutsch ist und bleiben wird, auch wenn die Form des Staates wegfällt.

Kommunisten und Bürgerkrieg.

Dummdumgeschosse gegen das Volk. Unter dieser Doppelschrift veröffentlicht die sozialdemokratische Rheinische Zeitung in Köln folgenden Berliner Drahtbericht: Vielleicht schon in den aller nächsten Tagen wird die deutsche Arbeiterklasse wieder einmal erfahren, daß Hunger und Not der breiten Volksschichten der Kommunisten nur aus agitatorischen Gründen in den Vordergrund zu rücken, während sie ihre eigentliche und ernst zu nehmende Arbeit dem Bürgerkrieg widmen. Sie sind überführt, in den letzten Monaten mit Gewalt den Bürgerkrieg heraufzubeschwören und ihn mit Dummdumgeschossen in erster Linie auch gegen die verhafteten Sozialdemokraten führen zu wollen. Im Interesse der eingeleiteten Untersuchung ist es uns leider verpfänd, den Andeutungen eine konkrete Form zu geben, aber schon heute kann festgestellt werden, daß die Dummdumgeschosse der kommunistischen Zentralkommission nicht nur auf dem Papier existieren, sondern sich zu Tausenden im Gewahrsam amtlicher Stellen befinden. Mit Dummdumgeschossen sollten irreguläre Arbeiter gegen ihre Klassenangehörigen gehetzt werden, während die Heizer selbst, getreu ihrer bisherigen Taktik, alle Vorbereitungen ge-

troffen hatten, um im Falle der Gefahr nach Moskau auszurücken und das Schicksal der Verführten reaktionären Richtern zu überlassen. Es ist selbstverständlich, daß im Interesse der Erhaltung der Republik gegen solche verbrecherischen Pläne mit aller Energie vorgegangen werden muß. Mit dem gleichen Nachdruck muß aber immer wieder von der Regierung, von Polizei und Justiz verlangt werden, daß auch gegen die Putschisten im Faschismus mit der gleichen Entschiedenheit eingeschritten werden muß. Hier läßt das Verhalten der zum Schutz der Republik eingesetzten Behörden leider oft viel zu wünschen übrig. Der putschistische Bewegung im Kommunismus wäre der Boden entzogen, wenn sich der Kampf der Regierungen mit aller Rücksichtslosigkeit auch gegen den Faschismus richten würde.

Diese Enthüllungen und die Aufforderung zum energischen Vorgehen werden in dem sozialdemokratischen Blatte an demselben Tage veröffentlicht, an dem die von General v. Seeckt verfügte Auflösung der Nationalsozialistischen, der Deutschvölkischen und der Kommunistischen Partei bekannt geworden ist. Die sozialdemokratische Veröffentlichung trägt also, ob freiwillig oder unfreiwillig, den Charakter einer Rechtfertigung des Vorgehens des Militärbeschlusses, insbesondere soweit die kommunistische Partei davon betroffen wird. — In demselben Sinne ist zu verzeichnen, was die Rheinische Zeitung über die letzten Unruhen in Köln schreibt:

Was sich gestern in Köln abspielte, war kein elementarer Verzweiflungsausbruch hungernden Massen, sondern war mit fähler Ueberlegung bis ins kleinste hinein organisatorisch vorbereitet. Wir wollen heute an dieser Stelle nicht deutlicher werden, aber wir wollen den verbrecherischen Provokateuren, die in den letzten Tagen in Versammlungen und Besprechungen die geistige Aktion auf sorgfältigste vorbereiteten, sagen, daß ihre dunklen Pläne nicht geheim geblieben sind. Wir und auch andere Leute wissen genau Bescheid. Zur gegebenen Zeit werden wir über die Vorgeschichte der gestrigen Kravalle noch interessante Interna aufdecken haben. Die Kölner Gewerkschaften aber seien in ihrem eigenen Interesse eruchtet, sich nicht von Verbrechern und politischen Wirkköpfen gegen die Kölner Polizei treiben zu lassen.

Zu der Unterzeichnung des Mantel- vertrages

zwischen der Meum und der Kommission des Bergbauischen Vereins schreibt die Deutsche Bergwerkszeitung: Nach sechswöchigen Verhandlungen ist jedenfalls der Versuch gemacht worden, die Kohlewirtschaft, die die Grundlage jeder Wirtschaft bildet, wieder in Fluß zu bringen. Wir freuen uns dieser Tatsache, glauben aber in diesem Augenblick nochmals darauf hinweisen zu sollen, daß die wirtschaftlichen Bedenken, die wir nach Bekanntwerden der Bedingungen, unter denen die Verträge abgeschlossen werden sollen, geäußert haben, in jeder Weise aufrecht erhalten werden müssen. Wir hoffen ja, daß es der Kommission gelungen ist, noch wesentliche Milderungen der Bedingungen zu erzielen. Es liegt unseres Erachtens im Interesse der gesamten Wirtschaft an Rhein und Ruhr, wenn die Verträge zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden. Nachdem nun aber, wie schon hervorgehoben ist, die Grundlage geschaffen ist, auf der das Wirtschaftsleben wieder in Ordnung kommen kann, sollte man versuchen, aus dem vorläufigen Vertrag heraus und zu einer dauernden wirtschaftlichen Verständigung zu kommen. Ist auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden, dann sollte es nicht schwer fallen, Mittel und Wege zu finden, die nötig sind, um künftig dem Rheinland nach so langer Leidenszeit die Möglichkeit zu geben, die erforderlich ist, um die nötige Sicherheit und somit das Vertrauen in unsere Wirtschaft zu bringen. Unter diesen Voraussetzungen begrüßen wir den endlichen Abschluß im Rahmen des Mantelvertrags. Zu den nächsten Tagen werden die einzelnen Verträge ihre Sonderabkommen zu treffen haben. Als Vertreter des Bergbauischen Vereins hat Generaldirektor Bögel, der allein von der deutschen Abordnung an den Verhandlungen teilnahm, den Mantelvertrag unterzeichnet.

Zahlreiche neue Verhaftungen.

Am vergangenen Samstag sind von französischen Kriminalbeamten aus

Düsseldorf in Dortmund etwa zwanzig Personen verhaftet und nach Düsseldorf gebracht worden. Unter den Verhafteten befinden sich Bergwerksdirektor H. Ten Gelmann, Regierungs- und Ratrat Gustav Mithäfer, Beamter Wilhelm Kottmann und August Rhymsius. Es handelt sich um Männer, die politisch rechts gerichtet sind. — Nach Düsseldorf ist auch der am 21. Nov. verhaftete Ingenieur Karl Friedrich Vais übergeführt worden. — Der Verleger der „Rheinischen Westfäl. Ztg.“ Dr. Reismann-Grone in Essen wurde ebenfalls von den Franzosen verhaftet. Der Haftbefehl hängt zusammen mit einem von der Besatzungsbehörde in Düsseldorf verhängten Verbot der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, die sich auf Mitteilungen über die Industrieberhandlungen stützt. Reismann-Grone erklärte, keine Kenntnis von der betreffenden Meldung gehabt zu haben.

Wie das Wolffbüro aus Düsseldorf erfährt, hat sich in der letzten Zeit eine Reihe von karitativen Organisationen, insbesondere das Deutsche Rote Kreuz, um die Freilassung der Gefangenen bemüht. Auch der päpstliche Legat Monsignore Testa und die im Ruhrgebiet befindlichen neutralen Vorkriegsvereine haben sich in gleicher Weise des Schicksals der Gefangenen angenommen. Wie verlautet, ist nunmehr nach Abschluß des Abkommens mit den Industriellen mit der Freilassung einer Anzahl von Gefangenen zu rechnen. Im ganzen ist die Zahl der bisher freigelassenen gering im Verhältnis zu der erheblichen Zahl, die noch immer hinter Gefängnismauern sitzen müssen.

Beschlagnahme wegen des Falles Graff.

(W) Wie der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ meldet, hat ein Vertreter der belgischen Regierung in Duisburg rollendes Eisenbahnmateriale beschlagnahmt, das zur Lieferung an die deutsche Eisenbahnverwaltung bereitstand. Die Maßregel wird damit begründet, daß die deutsche Regierung das Ultimatum in der Angelegenheit der Ermordung des Leutnants Graff nicht befolgt habe. Das Material soll in Höhe der geforderten Summe von 1.215.000 Franken liquidiert werden. Eine Million wird die belgische Regierung dem belgischen Roten Kreuz und 25.000 Franken der Familie des Ermordeten überweisen.

Von den Sonderbündlern gesäubert.

(W) Im Mittelmoselgebiet machte die Bevölkerung an verschiedenen Stellen der Sonderbündlerherrschaft ein unerwartetes Ende. Es wurde vor allem Wittlich gesäubert, wo die Einwohner gegen die von den Sonderbündlern besetzten Gebäude vorgingen. Als die Sonderbündler sich weigerten, abzugeben, kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem es auch mehrere Opfer gab. Auf Seite der Einwohner wurde ein Bauernsohn getötet. Auch in Zell wurden die Sonderbündler durch die Einwohner, denen Bauern aus der Nachbarschaft zu Hilfe kamen, vertrieben.

Gegen die Vergewaltigung Deutsch- lands.

Unter dem Vorsth des Pfarrers Dr. Gnstav Benz hat sich in Basel neuerdings ein Initiativkomitee gebildet, das in den Zeitungen zu einer Protestkundgebung gegen die fortgesetzte Vergewaltigung Deutschlands durch die Siegermächte auffordert. In dem Aufruf heißt es u. a.: Es vollzieht sich ungeheure Verelendung und Verflachung des deutschen Volkes. Eine Auflösung Deutschlands aber bedeutet nicht Sicherheit, sondern Zusammenbruch Europas. Die Not wächst ins Unermessliche. Sie wird stets neu erzeugt. Allen Anstrengungen des gepeinigten Volkes um erträgliche Lebensbedingungen setzen seine Befreier bis jetzt ein stetes Nein entgegen. Eine ungeheure Verantwortung liegt auf allen, die solchen Zuständen noch lange stumpf und dumpf zusehen. Vor Gott und der Geschichte bleiben sie verantwortlich für die aller Menschlichkeit hohnsprechenden Qualereien eines wehrlosen Volkes.

Reparationskommission und Sach- verständigenausschuß.

Ueber die heutige Sitzung der Reparationskommission wird mitgeteilt, daß die Kommission sich wahrscheinlich mit dem französischen Vorschlag eines Sachverständigenkomitees zur Untersuchung der deutschen Leistungsfähigkeit befassen wird. Dieses Komitee soll sich ebenfalls aus denselben Mitgliedern zusammensetzen, wie das Garantiekomitee, in dem die zweiten Delegierten der in der Reparationskommission vertretenen Mächte sitzen. Es sollen ihm Finanzfachverständige beigegeben werden, die jedoch nicht näher bezeichnet werden.

Westfalen und Rheinland.

Preiserhöhungen müssen rechtzeitig gefordert werden.

Kamen, 27. Nov. Obwohl das Reichsgericht in einer neueren Entscheidung dem Lieferanten das Recht zuerkennt, unter gewissen Umständen auch bei Lieferungsverzug auf Grund der allgemeinen Preisentwertung eine angemessene Erhöhung des Kaufpreises von Sachgütern zu verlangen, verhandelt es doch konsequent bei der schon geäußerten Rechtsansicht, daß ein zu spätes Hervortreten mit an sich berechtigten Erhöhungen das Recht zur Mehrforderung zum mindesten in Frage stellt. Charakteristisch für die Stellungnahme des höchsten Gerichtshofs in solchen Fällen ist eine unlängst ergangene Reichsgerichtsentscheidung.

Der Stahlwerkbesitzer H. in Hinzweiler (Pfalz) bestellte im Dezember 1919 bei der Maschinenfabrik W. in Köln-B. eine Ringstahlmühle, die spätestens am 1. März 1920 geliefert werden sollte. Preis 12500 Mk., zahlbar ein Drittel bei Bestellung, ein Drittel bei Anzeigebereitschaft, der Rest 30 Tage später. Angezahlt wurden am 5. Januar und 10. März 1920 je 5000 Mk. Am 9. Mai 1920 teilt die Fabrik dem Käufer mit, daß die Mühle landbereit sei. Gleichzeitig berief sie sich auf § 17 ihrer Lieferungsbedingungen, wonach sie wegen gesteigerter Löhne und Materialpreise berechtigt sei, statt 12500 Mk. einen Kaufpreis von 22750 Mk. in Rechnung zu stellen. Sie forderte deshalb zunächst eine Weiterzahlung von 5200 Mk. Der Käufer erwiderte im Juni 1920 Klage auf Lieferung der Mühle zum Vertragspreis, änderte aber im Februar 1922 seinen Antrag dahin, daß er Lieferung zum Preise von 22750 Mk. unter Berücksichtigung seiner Vorauszahlung begehrt. Bereits vorher — durch Schreiben vom 6. Februar 1922 — hatte die Beklagte versucht, den Streitsfall dadurch zu beenden, daß sie ihren Rücktritt vom Verträge erklärte.

Nachdem somit einige Komplikationen geschaffen waren, erlachte das Landgericht Köln zunächst insoweit zu Gunsten des Klägers, daß es die Beklagte verurteilte, die Mühle zum Preise von 22750 Mk. zu liefern. Die Beklagte gab sich nicht zufrieden und erreichte, daß das Oberlandesgericht Köln die auf Lieferung gerichtete Klage vollständig abwies, weil die Beklagte mit Recht vom Verträge zurückgetreten sei, ehe der Kläger die erhöhte Preisforderung anerkannt habe. Auf die Revision des Klägers hat das Reichsgericht das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen ist folgendes von Bedeutung: Treu und Glauben erfordern, daß der Unternehmer, der berechtigterweise den Wertpreis wegen Steigerung der Herstellungskosten erhöhen will, hiervon unverzüglich, sobald er diese Steigerung wahrnimmt, oder bei ordnungsmäßiger Geschäftsführung wahrnehmen kann, den Verkäufer in Kenntnis setzt, damit dieser sich danach richten kann. Die Beklagte war gehalten, bis zum 1. März 1920 — zu welcher Zeit sie zu liefern hatte — spätestens aber sofort, als sie das Ausmaß der Erhöhung der Herstellungskosten übersehen konnte, den Mehrpreis zu fordern. Sie hat dagegen noch am 19. März 1920 die weitere Anzahlung des Klägers von 5000 Mk. entgegengenommen und ihn erst zwei Monate nach Eintritt des Verzuges mit dem Verlangen eines fast verdoppelten Preises überfallen. Ein solches Verfahren ließe sich nur aus triftigen Gründen rechtfertigen. — Bedenklich ist die Meinung des Berufungsgerichts, daß die Beklagte solange am Rücktritt nicht gehindert war, als Kläger sich zu dem Mehrpreis nicht verstanden habe. Ein zeitlich ungemessenes vertragsrechtliches Rücktrittsrecht gibt es nicht; Treu und Glauben wie die Vertragsauffassung fordern jedenfalls im geschäftlichen Leben, daß von dem Rücktrittsrecht in angemessener Frist Gebrauch gemacht werde. Es muß verhängt werden, daß der Gegner allzulange im Unwissen gelassen und ihm die Gelegenheit genommen wird, sich anderweitig zu versorgen. Wartet der Berechtigte Jahr und Tag, so wird sein Verhalten in der Regel als Verzicht auf das vertragliche Rücktrittsrecht zu gelten haben. — Zum Schluss wird noch hervorgehoben, daß der Preis auch insoweit nicht erhöht werden könnte, als der Verkäufer vorausgezahlt hat. In diesem Umfange braucht er die Folgen der Geldentwertung also nicht zu tragen.

Kamen. (Knappschaffliche.) Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Verrentungs-, Witwen- und Kinderrenten für den Monat Dezember 1923 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Beginn der Auszahlung	Ende der Auszahlung
Berglamm 1	Schürmann	1. 2. Uhr	2 1/2 Uhr
Berglamm 2	Kraft	3. 2. "	2 1/2 "
Deeren	Maas	1. 2. "	2 1/2 "
Rüsterau	Schulz	3. 2. "	2 1/2 "
Kamen I	Sichtermann	7. 2 1/2 "	3. "
Kamen II	Starke	10. 2 1/2 "	3. "
Kuel	Vinnenbürger	11. 2. "	2 1/2 "
Bücker	Stolte	6. 3. "	3 1/4 "
Meibler	Bude	11. 3. "	2 1/2 "
Niedermaassen	Gronberg	4. 2 1/2 "	3. "
Obernassen	Widdendorp	5. 2 1/2 "	3. "
Blunthe	Damer	10. 2 1/2 "	3. "
Hanna I	Wittler	5. 2 1/2 "	3. "
Hanna II	Flowad	4. 2 1/2 "	3. "
Hanna	Königsborn	6. 3. "	2 1/2 "
Werne	Schulz	7. 2 1/2 "	3. "

Die Rentempfangenden werden dringend ersucht, die angegebenen Termine und Zeiten zu beachten und ihre Bezüge regelmäßig abzuholen.

Kamen, 27. Nov. (Berichtsbild.) Bewerber um Mittelschullehrerstellen, die die Prüfung für das höhere Lehramt mit Erfolg abgelegt haben, sind zur Ablegung der Mittelschullehrerprüfung nicht verpflichtet. Diese Bestimmung gilt nach einem Bescheid des Kultusministeriums auch für Bewerber, die die wissenschaftliche und die pädagogische Prüfung für das höhere Lehramt bestanden haben. Wenn sie nur den wissenschaftlichen Teil der Prüfung, nicht aber die pädagogische bestanden haben, so sind sie von der Ablegung der Mittelschullehrerprüfung in den wissenschaftlichen Prüfungsgegenständen entbunden, haben aber die vorgeschriebenen Lehrproben vor der Prüfungskommission für Mittelschullehrer abzulegen und in der Pädagogik nachzuweisen, daß sie die Kenntnisse besitzen, wie sie der Lehrplan der Lehrseminare verlangt. Von der Prüfung in Pädagogik wird nur bei solchen Bewerbern abgesehen, die den wissenschaftlichen Teil der Prüfung für das höhere Lehramt mit Pädagogik als Zusatzfach bestanden haben. Die Lehrproben müssen aber auch diese Bewerber halten.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Montag — 4 189 500 000 000 bis 4 210 500 000 000, das englische Pfund — 18 354 000 000 000 — 18 446 000 000 000, der holländische Gulden — 1 596 000 000 000 bis 1 604 000 000 000, der Schweizerische Franken — 730 170 000 000 — 733 330 000 000, der französische Franken — 227 430 600 000 — 228 570 000 000.

Die neuen Steuerentwürfe.

Die der Reichsfinanzminister dem Reichstage anklündigenden, werden wahrscheinlich schon heute dem Reichsrat zugehen. Es ist zur Veranschaulichung größerer Finanzen für die nächsten Monate beabsichtigt, im Dezember eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das 4. Quartal des Etatsjahres, also für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 24 unter Anwendung der Goldmarkrechnung zu erheben. Da nun aber vom 1. 1. ab der Staatshaushalt auf eine Grundlage gestellt werden soll, würde die Vorauszahlung praktisch bedeuten, daß 5 Quartalsraten zur Erhebung kommen. Dieser einer Reform der Einkommensteuer ist vom Januar ab eine Umstellung der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer geplant. Dieser wird die Umsatzsteuer auf 2 1/2 % erhöht werden. Als Hauptposten des künftigen Gesamtsatzes des Reiches ist eine Wohnungsteuer vorzusehen, und zwar wird von den Gebäuden, die vom 30. 9. nächsten Jahres ab wieder erhoben werden können, das Reich 60 % erhalten, während die Hausbesitzer 40 % erhalten.

Aus Anlaß der Erhöhung der Postgebühren von heute ab hat das Reichspostministerium die Postanstalten angewiesen, die Fremden von dem genannten Tage an zum vierfachen Nennwert zu verkaufen und bei der Freimachung auch bei Sendungen aus Briefkästen zum vierfachen Betrage bis Monatsende anzurechnen.

Zum Gedächtnis der gefallenen Soldaten legte eine Abordnung der militärischen Vereine unserer Stadt am Totensonntag auf dem Ehrenfriedhof einen Kranz nieder.

(Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht vom Freitag zum Samstag wurde bei dem Viehhändler D. V. Innerstraße, in dem steller eingebrochen und und verschiedene Lebensmittel gestohlen. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Heeren, 27. Nov. (Gefahrenpr.) Der Polizeibefehl W. H. Schulte, Kamen, ausgehendet bei dem Polizeimeister Herrn Dr. Wöding hier, bestand vor dem Gefährdungsbescheid der Handwerkskammer Dortmund seine Gefährdungsprüfung mit dem Prädikat „Sehr gut“.

Bergheim, 26. Nov. Das Kohlengraben in allen verlassenen Hängen liegt in Hängen, die zu Tage oder in geringer Tiefe liegen, hat hier am gestrigen Sonntage ein schweres Unglück im Gefolge gehabt, dem zwei jugendliche Menschenleben zum Opfer gefallen sind. In einem solchen Stollen in der Nähe des Wasserturmes bei Godel waren gestern morgen die Vergleute Ludwig Heitmann von hier und G. H. aus der Berghofermark, letzterer der einzige Sohn seiner Eltern, mit dem Schürfen nach Kohlen beschäftigt, als plötzlich die Stütze zu Bruch ging und die Unglücklichen unter Steingeröll begrub. Nach mühevollen Rettungsarbeiten gelang es, die Unglücklichen zu bergen, doch war der eine bereits tot, während der andere kurz darauf verschied. Möge dieser betäubende Unglücksfall allen zur Mahnung dienen, die auf gleiche Weise versuchen, der Kohlennot abzuweichen.

Börsen, 26. Nov. Fortgesetzt werden neue Verhaftungen vorgenommen im kommunistischen Lager. Das gleichzeitig beschlagnahmte Material läßt erkennen, daß die Kommunisten langwierige Vorbereitungen getroffen haben, im besetzten Gebiet zu einem großen Schlage auszuholen. Es sind hier weitere 9 Kommunisten verhaftet worden, unter diesen auch der Doktor der kommunistischen Weltanschauung, Heinrich Webermann, bei dem man eine Handmaschine vorfand. Die Polizei beschlagnahmte in den Wohnungen der verhafteten Kommunisten größere Mengen Dynamit, Zündpfeile, Leuchtgasdrat, Pulver. Aus den beschlagnahmten Akten geht hervor, daß die kommunistische Jugend im Dolchwerfen unterrichtet wurde und ihre ständige Aufgabe es war, soviel Waffen als nur möglich, zu beschaffen.

Duer, 10. Nov. (Gefährliche 100-Millionen-Scheine.) Ein gefährlicher Schwindler ward Samstag in Duer-Büffel festgenommen. Es handelt sich um einen Kaler, der 100-Millionen-Scheine der Münsterschen Bank gefälscht hatte. In einem Wädelchen wurde fälschlich dieser Art in Zahlung genommen, während der Inhaber eines anderen Geschäftes den Schwindel durchschaute. Der Schein wurde zur Polizei gebracht und ein Beamter verhaftete den Schwindler, der schon in der Straßbahn saß, um auszureißen. Nach längerem Leugnen gestand er die Tat ein.

(In Duer, 17. Nov. (Wegen ein Paar Stiefelschellen in den Tod.) Für die Not unserer Zeit und das Elend der Dienstmädchen im besondern ist folgender traurige Fall bezeichnend: Passanten, die von Gelsenkirchen-Bismarck nach Duer-Erle gingen, entdeckten im Rhein-Herne-Kanal ein weibliches Wesen, das dem Ertrinken nahe war. Sie zogen das Mädchen aus dem Wasser heraus und brachten es ins Erler Krankenhaus, wo es auf den Tod daniederlag. Die Ermittlungen ergaben, daß das Mädchen aus Bergischglück über seine Notlage freiwillig hat in den Tod gehen wollen. Es war nicht einmal in der Lage, die Stiefel zu bezahlen, die es sich beim Schuster neu beschaffen lassen mußte.

Rheine, 14. Nov. (Unglücksfall oder Verbrechen?) Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch der Kaufmann Augustin aus Meppen kurz vor Meppen auf dem Schienen der Rheine-Erdener Strecke mit einer schweren Kopfverletzung aufgefunden. Da sich Augustin nachgewiesenermaßen allein in seinem Weite befand, hat sich bisher noch nicht feststellen lassen, ob Augustin durch einen Unglücksfall zu Tode gekommen, oder etwa das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Burg, 12. Nov. (Für die Armen.) Eine vor allem von Landwirten besuchte Versammlung nahm eine Entschließung an, die u. a. besagt: „Das grauenvolle Elend macht es den Landwirten, wenigstens auch sie mit schweren Sorgen belastet sind, zur unabwendbaren Pflicht, mit den Armen zur Verfügung stehenden Mitteln, soweit es in ihren Kräften liegt, die Not der Armen in unsern Kreisen in der Stadt Dinslaken und in unserm Kreise zu lindern. Es wird daher die von den landwirtschaftlichen Organisationen in Dinslaken am 25. Oktober gegenüber dem Regierungspräsidenten abgegebene Erklärung, mit allen moralischen und technischen Mitteln für die Herbeischaffung von 25 bis 30 000 Zentnern Kartoffeln zur unentgeltlichen Abgabe zu sorgen, einstimmig gebilligt. Es soll sofort durch die heute gebildeten Ortsausschüsse eine Sammlung von Kartoffeln vorgenommen und jedem Landwirt dringend ans Herz gelegt werden, unentgeltlich Kartoffeln nach dem Plane des Ortsausschusses zu liefern. Wir erwarten von unseren Landwirten, daß auch nicht einer sich von der inneren Herbeischaffung beschließen lassen wird.“

Ein schwieriger Ehrenrettungsversuch.

Essen, 23. Nov. Das Schöffengericht hatte den Schienenarbeiter Eugen Bütter als Zeugen wegen Untreue zum Disz. zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung wurde so jeder Sachverhalt als erwiesen festgestellt. Der Angeklagte hatte eines Tages in einer Familie Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen, zu einer Zeit, als die Familie abends und nur das Dienstmädchen Helene Meier anwesend war. Am folgenden Tage vernahm die Herrschaft einen wertvollen Halskamm. Der Verdacht lenkte sich zunächst auf das Dienstmädchen, das nach längerem eingestanden war, daß der Kamm gemein am mit dem Schienenarbeiter den Diebstahl verübt zu haben. Dieser hat Vorgänge gab das Mädchen eine eingehende Schilderung davon, daß der Schienenarbeiter versucht habe, bei der Ausführung der Arbeit eine verteilte Annäherung zu bewerkstelligen. Das Mädchen sei dann auch auf den Schmutz gelenkt worden und der Schienenarbeiter habe auf sie eingewirkt, den Schmutz aus dem Mädchen zu stehlen. Die uneheliche Person habe den Schmutz an sich und bot ihn am folgenden Vormittag in einem Goldwarengeschäft in der Grabenstrasse zum Verkauf an. Als der Geschäftsinhaber, dem die Sache verdächtig erschien, den Mädchen auf den Kopf zeigte, daß der Schmutz gestohlen sei, lieg das Mädchen den Schmutz im Stich und ergriff Hals über Kopf die Flucht. Zu diesem als wichtig festgestellten Vorgang in dem Goldwarengeschäft gab das uneheliche Dienstmädchen an, es habe sich gemäß der mit dem Schienenarbeiter getroffenen Vereinbarungen am folgenden Morgen nach der Grabenstrasse begeben, wo beide den Schmutz angedrückt in einem von dem Schienenarbeiter näher bezeichneten Geschäft verkaufen wollten. Da der Meister ausließ, sei es allein in das Geschäft gegangen um den Schmutz zu verkaufen. Gegen das Urteil des Schöffengerichts, durch das auch das Dienstmädchen verurteilt wurde, legte der Angeklagte Bütter Berufung ein. In der Verhandlung vor der Strafkammer betonte Bütter nach wie vor mit aller Energie seine Unschuld und erklärte mit voller Bestimmtheit, von der ganzen Geschichte nichts zu wissen. Die Strafkammer folgte der Darstellung des in der Berufungsverhandlung als Zeugin vernommenen Mädchens, die sie für glaubwürdig hielt, und verwurft die Berufung auf Kosten des Angeklagten. Der gegen das Strafkammerurteil eingelegte Rechtsantrag wurde zurückgewiesen. Nachdem nunmehr die zu Gebote stehenden Rechtsmittel erschöpft waren, setzte der Beurteiler alle Hebel in Bewegung, um eine Wiederabnahme des Verfahrens herbeizuführen. Das Dienstmädchen Helene Meier war inzwischen nach Herford übergesiedelt. Der Angeklagte ließ in der Folgezeit Ermittlungen nach dem Lebenswandel und den Charaktereigenschaften des Dienstmädchens anstellen und beauftragte einen Detektiv mit der Sache. Der Detektiv hatte in Herford Befragungen mit dem Mädchen und lenkte das Gespräch dahin, daß man häufig auf den Straßen dabei gefand, daß die Meier,

daß sie den Angeklagten Bütter sehr gut kannte und bezeugt habe, in der Weist, daß sie selbst als Opfer der Verführung hinzukommen und eine milde Strafe zu erhalten. Auf Grund dieses Geständnisses wurde das Bütter ausnahmsverfahren durchgeführt. In der letzten erneuten Verhandlung vor der Strafkammer ergab sich, daß die Zeugin Meier die sehr merkwürdige, eine durch und durch verlogene und moralisch minderwertige Person ist, deren Aussagen keine Glaubwürdigkeit verdienen. Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme wurde das frühere Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Wesert, 15. Nov. (Der dankbare Bettler.) Sieht da eine Witwe mit ihrer Tochter beim bescheidenen Mittagstisch, als ein Bettler anknöpft und um etwas Essen bittet. Da von dem Bettler noch genugsam überzogen ist, reicht man es dem Hungrigen, der es sich gut schmecken läßt. Beim Weggehen erklart er: „Das werde ich Ihnen nie vergessen.“ Sie werden weiter von mir hören.“ Am selben Abend findet die Witwe in ihrem Briefkasten einen Brief, der die Aufschrift trägt: „Für das Mittagessen“, daneben aber lag ein Hundert-Millionenschein.

Duisburg, 23. Nov. (Beschreibung von Arbeitslosen.) Die Stadtverwaltung in Duisburg hat mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage etwa 1000 Arbeitslose teilweise mit Familie ins unbefestigte Gebiet abgeschoben. Die betreffenden Arbeitslosen, die aus dem unbefestigten Gebiet stammten, waren mit dieser Maßnahme einverstanden. Weitere Abtransporte von Arbeitslosen sollen folgen, und die Stadt hofft, die Zahl der Erwerbslosen, die jetzt etwa 40 000 beträgt, durch Abschiebungen ins unbefestigte Gebiet so zu vermindern, daß nur noch die aus Duisburg selbst stammenden oder dort seit längerer Zeit ansässigen Erwerbslosen übrig bleiben.

Düsseldorf, 23. Nov. (Fabrikbrand.) In der Nacht um 1 Uhr wurde die Feuerwehre alarmiert, da ein Großfeuer bei dem Stahlwerk Werner in Grefrath ausgebrochen war. Die Feuerwehr griff sofort mit einer Motorpumpe ein und es gelang ihr nach einer Stunde, das Feuer niederzulassen. Die Ursachen des Feuers sind noch nicht bekannt.

Düsseldorf, 13. Nov. (Französische Truppen und deutsche Polizei überfallen die wilde Börse auf der Kaiser Wilhelmstraße in der Nähe des Bahnhofs.) Die ganze Menschenmenge wurde in den Bahnhof gedrängt und dort einer Untersuchung unterzogen.

Köln, 24. Nov. (150 Millionen über abgekauft.) Da die Aktien im Kölner Hauptbahnhof vielfach durch Diebstahl bedrängt wurden, nahm die Polizei am Sonntagabend eine Sperrung des Bahnhofs vor. Es wurden etwa 150 Personen auf Lastwagen abgeschoben und eine ganze Menge Deutschen konnten beschlagnahmt werden. Während der Fahrt verließen einige der Verhafteten, daß der Diebstahl durch Fortwerfen zu entgehen. Die nachfolgende Nachfahrabteilung suchte aber die Scheine auf.

Köln, 24. Nov. (Durch einen Autounfall in der Nähe Kölns kam der 1. der Zigarettenfabrikant H. Neuenburg ums Leben.)

Köln, 12. Nov. (Mutter und Tochter.) Die Kölnische Zeitung berichtet aus Gelsenkirchen: Wegen der seit einigen Tagen andauernden Erregung der Arbeitslosen Vergleite über die unzureichende Unterstützung der Erwerbslosen kam es Donnerstag im Gelsenkirchener Bezirk zu neuen schweren Reibungen. Schon in den frühen Morgenstunden brach die Verleumdung der Mutter und Tochter in der Verleumdung ein, demotiviert die Enttäuschung und mündete in den letzten Direktor und eine Anzahl Arbeiter darauf wurde die angelegte Wohnung abgebrochen. Die gesamte Verleumdung verließ die Bege. Durch Anschlag wurde bekanntgegeben, daß die Bege die Entlassung sei.

Goch, 14. Nov. (Eine schreckliche Entdeckung.) Die Gocher Zeitung berichtet, wie dem „Gocher Kreisblatt“ berichtet wird, hier ab. Kam hier ein Motorradfahrer schlingend von der Grenze. Aus irgendeinem Grunde — jedenfalls nicht freiwillig — unkontrollierte der Apparat auf der Brauentröße nicht mehr. Als endlich mit Hilfe Dritter das Radikal wieder in Gang gesetzt wurde verlor der Mitfahrer eine Menge von 1000 Gulden-Scheinen — man spricht von insgesamt etwa 100 000 Gulden — die natürlich bei den Passanten freundliche Aufnahme fanden.

Kachen, 13. Nov. (Zur Vinderung der Markkassapfunde, die in den letzten Tagen im hiesigen Grenzbezirk gegenüber den an der Berliner Börse erfolgten Devisennotierungen phantastische Devisenpreise gezeltelt hat, ist von der hiesigen Stadtverwaltung beschlossen worden, wertbeständige Lebensmittelpreisgutscheine, auf Goldmark lautend, herauszugeben. Es sind Scheine über eine Goldmark, 50 Goldpfennig, 10 Goldpfennig und 5 Goldpfennig in Aussicht genommen. Die Ausdehnung der Gutscheine auf Kohlen ist beabsichtigt. Die neuen Gutscheine, die vorerst nur in begrenzter Menge ausgegeben werden können, sollen bei der Auszahlung der Löhne und Gehälter an die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter verhandelt, aber auf der Industrie und dem Handel zur Rohzahlung zugestimmt werden. Die wertbeständigen Gutscheine sind durch Devisen voll gedeckt.

Wiesbaden, 14. Nov. (Ein erschütterndes Bild.) Die Stadtverordneten bewilligten 5000 Millionen Mark als vorläufigen Kredit für Unterstützungsgelder, Notstandsbeschäftigungen usw. Es wurde dabei bestimmt, daß 10 000 Erwerbslose je 5000 Mark erhalten, 50 000 unterhaltene Eltern- und Sozialrentner, 50 000 h. der Männer und Frauen bedürftigen je 10 000 Mark erhalten, die Kinder je 10 000 Mark man bezugnehmen, daß zwei Drittel der Bevölkerung ganz oder teilweise durch die Stadt versorgt würden.

Die Z...

Die n...
die Bahn...
die weit...
del von...
die Bahn...
furter w...
Anschau...
daß ich...
gungswach...
wert gall...
heißt es l...
gige: De...
bejorgter...
steigen...
Jeremia...
damals w...
sauren W...

Bon...
wissen wi...
Bahnstoc...
eine Pfl...
nicht zu...
jollen Zah...
sehr mäßi...
bauegen z...
Minus er...
Sorgfalt a...
Zähne. I...
macht sich...
je ner Zeit...
daß, daß...
nur auf ei...
der Person...
Gedicht „A...

„Der T...
und...
Doch die...
Und blei...
Ja diese...

Aus diesen...
damals Pa...
leineswegs...
eine Grin...
(1756) ode...
Duchateau...
Material...
finden wir...
anilen Sch...
zum Teil...
horn“ nem...
die Besie...
In dem...
p. Obr.)...
ndigen, nu...
von dem V...

Minus...
Reinigungs...
sich da sol...
omuten, n...
oder Spel...
leder. Mä...
angenehm...
die Empfeh...
mit Wein...

Das B...
oerwendet...
gebung viel...
finden wir...
chiedene Pa...
Waus- und...
gemahlen...
werden solle...
hundert be...
frem, Frisch...
Schneideng...
auf Ziegel...
vertrieben...
man ichon...

Jahrhun...
Zähne ein...
werden auch...
hämmer, Za...
häufig gena...
i rem leicht...
lachen der...
wärmere sei...
wirkam w...
Jahrhundert...
Frankreich...
Grundlagen...

Die Ba...
erft in neu...
äuffen, un...

Die Ba...
erft in neu...
äuffen, un...

Die Ba...
erft in neu...
äuffen, un...

Die Ba...
erft in neu...
äuffen, un...

Die Ba...
erft in neu...
äuffen, un...

Die Ba...
erft in neu...
äuffen, un...

Die Ba...
erft in neu...
äuffen, un...

Absicht, sich
 hinzustellen
 in das
 der letzten
 kammer ein
 sehr streit
 agere und
 bere: Auch
 nen. Nach
 ums wurde
 der. Vinger

re Bettler.)
Nur beim
Bettler an-
Da von
libriz ist,
sie sich gut
erkärt er:
ssen. Sie
im selben
Briefkasten
ägt: „Für
er lag ein

g in Quis-
sige Finanz-
mit Ja-
oben. Die
dem un-
nit dieser
Abtrans-
t, und die
Elofen, die
schiebungen
ndern, daß
stammenden
rigen Er-

Feuerwehr
dem Stahl-
schon war.
er Motor.
er Stunde,
schen des
branzösisch
aschinen die
er Bil-
Wahnhofes.
den Bahn-
untersuchung

enmüde
 ner Haupt-
 er belästigt
 untagabend
 Es wur-
 vagen ab-
 en konnten
 er Fahrt
 ich der
 digen. Die
 öhte aber
 en Auto-
 er sei ee
 ins Leben.

Gelsenkir-
dauernder
über die
werblosen
ner Bezirk
on in den
eghaft der
Bezieh „An-
ein, demon-
ste den lei-
anten Da-
ung abge-
verließ die
antgegeben.

volle Güte
„Clever
kam hier
er Grenze.
falls nicht
parat auf
endlich mit
Gang ge
eine Reize
pricht von
di: natür
Aufnahme
berung der

Tagen im
 an der
 otierungen
 hat, ist
 beschlossen
 e n s mit
 tend, her
 eine Gold-
 ennig und
 ohlen ist
 die vorerst
 n werden
 der Abne
 unten, Aus
 sen, auf

über eine
Dohnzage
beständigen
deckt.

Anzeigen
aller Art
inseriert man
erfolgreich in der
Neuer
Zeitung.

Bestellungen

Der Abonnent hat entsprechend den aufliegenden Bedingungen Anspruch auf die kostenlose Anfall-Unterstützung. — — — — —



Die Fener auf Lindebö.

Stoman von Reinhold Dittmann

(Магдориң верботен.)

[illegible]

Epilog.

So wird auf meinen grauen Tag,
Wenn jill der tiebe Soehn verglommen
Und mild der leibe Stundenflag
Verzitter, eine Nacht mir kommen,
Da träumelich, wühndelichs
Mein Geiſt durch Ewigkeiten gleiet
Und da die Schönheit rein und groſß
Durch meine ſillen Gärten jöret,
Da alles, was bi ſung und lit,
Verſunken iſt in tieſes Schweigen,
Und was hier unerleidend iſt,
Flüſſend ſelbſt den Stegereigen

[illegible][illegible]

Uerschließung der weit-
ständigen Zahlsmittel.

Zur Uebersicht der Vorgänge beim Seewortbau sind die verschiedenen Stufen des Seewortbaus in der folgenden Tabelle dargestellt:

Stadium	Charakteristika
1. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
2. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
3. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
4. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
5. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
6. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
7. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
8. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
9. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.
10. Seewortbau	Die Seewörter sind in der Regel aus dem Seewortbau hervorgegangen.

Das Aussehen der Rentenfürmige

[illegible]